

Amtliches Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes u. des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Gmser Zeitung.

Preise der Anzeigen: Die einsp. Pettigelle ober deren Raum 15 Pfg., Reklamazelle 50 Pfg.	Ausgabestellen: In Diez: Rosenstraße 96. In Gms: Römerstraße 95.	Druck und Verlag von J. Chr. Sommer, Gms und Diez.
--	--	---

Nr. 33

Diez, Donnerstag den 8 Februar 1917

57. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Kriegsministerium.

Bekanntmachung

Nr. M. 1/2. 17. R. R. A.

vom 8. Februar 1917,

betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und
Enteignung von Bierglasbedeln und Bierkrug-
bedeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung
von anderen Zinngegenständen.

(Zusammenfassung der Bekanntmachung Nr. M. 1/10. 16.
R. R. A., vom 1. Oktober 1916.)

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des
Königlichen Kriegsministeriums zur allgemeinen Kenntnis
gebracht mit dem Bemerken, daß, soweit nicht nach den all-
gemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, jede
Zu widerhandlung gegen die Vorschriften über Beschlag-
nahme und Enteignung nach § 6*) der Bekanntmachungen

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe
bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach den all-
gemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:

1. wer der Verpflichtung, die enteigneten Gegenstände her-
auszugeben oder sie auf Verlangen des Erwerbers zu
überbringen oder zu versenden, zu widerhandelt;
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseite-
schafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder
kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft
über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu
verwahren und pfleglich zu behandeln, zu widerhandelt;
4. wer den erlassenen Anordnungsbestimmungen zu wider-
handelt.

über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915
(Reichs-Gesetzbl. S. 357), vom 9. Oktober 1915 (Reichs-
Gesetzbl. S. 645), vom 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl.
S. 778) und 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1019)
und jede Zuwiderhandlung gegen die Meldepflicht nach
§ 5**) der Bekanntmachungen über Vorratserhebungen vom
2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54), vom 3. September
1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915
(Reichs-Gesetzbl. S. 684) bestraft wird. Auch kann der Be-
trieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur
Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23.
September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) unterjocht werden.

§ 1.

Inkrafttreten der Bekanntmachung.

Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung in
Kraft; gleichzeitig tritt die Bekanntmachung Nr. M. 1/10.
16. R. R. A., betreffend die gleichen Gegenstände, vom 1.
Oktober 1916 außer Kraft.

§ 2.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von der Bekanntmachung werden betroffen:

sämtliche aus reinem Zinn oder aus Legierungen mit
einem Zinngehalt von 75 v. H. und mehr bestehenden
Bedeln von Biergläsern und Bierkrügen, einschließ-
lich der dazu gehörigen Scharniere.

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser
Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt
od. wesentlich unrichtige od. unvollständige Angaben macht, wird
mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis
zu zehntausend Mark bestraft. Auch können Vorräte, die ver-
schwiegen sind, im Urteil für dem Staat verfallen erklärt
werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschrie-
benen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser
Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt
oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird
mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögens-
falle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso
wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher
einzurichten oder zu führen unterläßt.

Ausnahmen.

Ausgenommen von den Bestimmungen dieser Bekanntmachung sind Deckel und Scharniere von zinnernen Krügen und Pokalen, sowie Deckel-Ränder, -Einfassungen und -Scharniere aus Zinn, sofern die dazu gehörigen Deckel nicht aus Zinn bestehen.

§ 4.

Von der Bekanntmachung betroffene Personen, Betriebe usw.

Die Bestimmungen dieser Bekanntmachung gelten für alle Brauerei-, Gastwirtschafts- und Schankbetriebe (z. B. Brauereien, Bierverläge, Gastwirtschaften, Kaffeehäuser und Konditoreien, überhaupt Bierauschänke aller Art), für Vereine und Gesellschaften, Casinos und Kantinen, welche die von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 2) in Besitz oder Gewahrsam haben; ferner für sämtliche Handlungen, Laden- und Installationsgeschäfte, Fabriken und Privatpersonen — ausgenommen Althändler (siehe § 10) — welche die in § 2 der Bekanntmachung genannten Gegenstände erzeugen oder verkaufen, oder welche solche Gegenstände zum Zwecke des Verkaufs in Besitz oder Gewahrsam haben.

§ 5.

Beschlagnahme.

Alle von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände werden hiermit beschlagnahmt, soweit sie sich im Besitze oder im Gewahrsam der in § 4 bezeichneten Personen und Betriebe befinden.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf solche Gegenstände, die aus Zinn hergestellt sind, das von der Kriegsmaterial-Abteilung des königlichen Kriegsministeriums oder durch die Militärbefehlshaber freigegeben worden ist.

§ 6.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind, soweit sie nicht ausdrücklich auf Grund der folgenden Anordnungen oder etwa weiter ergehender Anordnungen erlaubt werden. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

Trotz der Beschlagnahme sind alle Veränderungen und Verfügungen zulässig, die mit Zustimmung der mit der Durchführung der Bekanntmachung beauftragten Behörden erfolgen.

Die Befugnis zum einstweiligen ordnungsmäßigen Weitergebrauch der beschlagnahmten Gegenstände bleibt unberührt.

§ 7.

Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände.

Die von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände unterliegen der Meldepflicht. Sie sind, sobald ihre Enteignung angeordnet ist, von den Biergläsern und Bierkrügen zu entfernen und an Sammelstellen abzuliefern, die von den beauftragten Behörden errichtet und bekanntgemacht werden.

Die enteigneten Gegenstände, die nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit abgeliefert sind, werden auf Kosten der Ablieferungspflichtigen zwangsweise abgeholt werden.

Mit der Durchführung dieser Bekanntmachung werden dieselben Kommunalverbände beauftragt, denen bereits die Durchführung der Bekanntmachung M. 1/10. 16. R. M. A. vom 1. Oktober 1916, betreffend Beschlagnahme, Bestandsaufnahme und Enteignung von Biergläsern und Bier-

krügen aus Zinn und zinnerne Gegenstände von anderen Zinngegenständen, übertragen worden ist. Diese erlassen auch die Ausführungsbestimmungen hinsichtlich der Meldepflicht, Ablieferung und Einziehung.

§ 8.

Uebnahmepreis.

Der von der beauftragten Behörde zu zahlende Uebnahmepreis wird auf 8 Mark für jedes Kilogramm festgesetzt. Dieser Uebnahmepreis enthält den Gegenwert für die abgelieferten Gegenstände einschließlich aller mit der Ablieferung verbundenen Leistungen, wie Entfernung der Deckel und Scharniere von den Gläsern und Krügen.

Ablieferer, die mit dem vorbezeichneten Uebnahmepreis nicht einverstanden sind, haben dies sogleich bei der Ablieferung zu erklären. In Fällen, in denen eine gütliche Einigung über den Uebnahmepreis nicht erzielt ist, wird dieser gemäß §§ 2 und 3 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 auf Antrag durch das Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf in Berlin W 10, Viktoriastr. 34, endgültig festgesetzt.

§ 9.

Befreiung von der Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung.

Solche beschlagnahmten Gegenstände, für welche ein Kunstgewerblicher oder kunstgeschichtlicher Wert durch anerkannte Sachverständige festgestellt wird, die von der Landeszentralbehörde bestimmt und den Betroffenen durch die beauftragten Behörden namhaft gemacht werden, sind durch die beauftragten Behörden auf Antrag von der Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung zu befreien.

Andenkentwert entbindet nicht von der Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung.

§ 10.

Freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen.

Die Sammelstellen sind auch verpflichtet, folgende von dieser Bekanntmachung nicht betroffenen Gegenstände aus Zinn anzunehmen:

- a) Zeller, Schüsseln, Schalen, Kumpen, Becher, Krüge, Kannen, Humpen, Zinnrohre aus Bierdruckapparaten und Syphons für kohlensäurehaltige Getränke, Maßgefäße (Litermaße, Flüssigkeitsmaße), Kochgeschirre, Küchengeräte, Wärmflaschen, medizinische Spritzen, Messuren und Infundierköpfe.

Der Uebnahmepreis für die unter a) genannten Gegenstände beträgt 6 Mark für jedes Kilogramm.

- b) Andere Zinngegenstände, wie Eß- und Trinkgeräte, soweit sie nicht unter a) genannt sind, sowie Hähne, Krähne, Syphonverschraubungen, Lampen, Leuchter usw.

Der Uebnahmepreis für die unter b) genannten Gegenstände beträgt 3 Mark für jedes Kilogramm.

- c) Böffel und Gabeln (Stiele allein ausgeschlossen) und Altmaterial.

Der Uebnahmepreis für das unter c) genannte Material beträgt 2 Mark für jedes Kilogramm.

Die an diesen Gegenständen befindlichen Beschläge oder Bestandteile aus anderem Material als Zinn werden nicht vergütet und sind vor der Ablieferung zu entfernen. Aus anderem Material als Zinn bestehende, mit Zinn überzogene Gegenstände, wie Konservendbüchsen, Gegenstände aus Weißblech, Weißblechabfälle usw. werden nicht angenommen.

Gegenstände, welche bereits als Altmaterial an Händler, Handlungen usw. abgegeben waren und den Bestimmungen der Bekanntmachung M. 1/4. 15. R. M. A. unterliegen, dürfen von den Sammelstellen nicht angenommen werden.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge, die die vorstehende Bekanntmachung betreffen, sind an die beauftragten Behörden zu richten.

Frankfurt (Main), 8. Februar 1917.

Stellv. Generalkommando XVIII. A. R.

Coblenz, den 8. Februar 1917.

**Kommandantur der Festung
Coblenz-Ehrenbreitstein.**

Ia 1 1725/1. 17.

Abt. II. J.-Nr. 2189.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Befehles über den Belagerungszustand bestimme ich für den Befehlsbereich der Festung:

Alle Schulen, Theater, Lichtspielhäuser und öffentliche Versammlungsorte sind vorläufig bis zum 16. Februar einschließlich zu schließen. Ausnahmen können allgemein oder in einzelnen Fällen von den zuständigen Regierungspräsidenten zugelassen werden.

Die Polizeistunde wird bis zum 16. Februar auf abends 10 Uhr festgesetzt.

Coblenz, den 6. Februar 1917.

**Der Kommandant der Festung
Coblenz-Ehrenbreitstein:**

d. Luchwald,
Generalleutnant.

J.-Nr. II. 864.

Diez, den 5. Februar 1917.

An die Herren Bürgermeister

**Betrifft: die Ausführung der Schutzpockenimpfung
im Jahre 1917.**

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 2. Mai 1900 — Kreisblatt Nr. 105 — und auf die in Nr. 12 des Regierungsamtsblattes für 1901 abgedruckten Vorschriften zur Sicherung der Ausführung des Impfgeschäftes erlaube ich Sie, die Impflisten für 1917 nunmehr aufzustellen. Die erforderlichen Formulare gehen Ihnen in den nächsten Tagen zu.

Die mit I und III bezeichneten Formulare sind für die Impfarzte bestimmt und daher zunächst sorgfältig aufzubewahren. Formular V dient zur Aufnahme der zur Erstimpfung, Formular IV zur Aufnahme der zur Wiederimpfung vorzustellenden Kinder, und Formular VII zur Aufnahme der bereits im Geburtsjahr zur Impfung gelangten Kinder.

Hiernach sind in Liste V aufzunehmen:

a) alle 1915 und früher geborenen Kinder, welche entweder noch gar nicht oder ohne genügenden Erfolg geimpft worden sind,

b) alle im Jahre 1916 geborenen noch lebenden Kinder einschließlich der zugezogenen.

In die Wiederimpfliste (Form. IV) gehören:

a) alle 1904 oder früher geborenen und noch gar nicht oder ohne genügenden Erfolg wiedergeimpften Zöglinge von öffentlichen oder Privatlehranstalten, und

b) die 1905 geborenen Zöglinge solcher Lehranstalten.

Es wird erwartet, daß alle unter a) erwähnten Impfpflichtigen aus den Duplikatlisten der Vorjahre sorgfältig in die diesjährigen Listen mit Angabe des Grundes (z. B. im Vorjahre zurückgestellt, ohne Erfolg geimpft etc.) übertragen werden und in Spalte 6 die Zahl der vorangegangenen erfolglosen Impfungen genau angegeben wird.

Bei Begegnung in in der letzten Spalte der neue Wohnort des Impflings anzugeben und weiter anzuführen, wann die Uebersetzung stattgefunden hat.

Im übrigen wird wegen Ausfüllung der Listen auf die den Formularen vordruckten Bemerkungen Bezug genommen.

Die Listen sind doppelt aufzustellen. Ueber das Gesamtergebnis ist je eine Uebersicht nach Formular VIII und IX ebenfalls in doppelter Ausfertigung anzufertigen und demnächst, spätestens aber bis zum 1. Oktober d. J. bestimmt unter Beifügung der nach Formular III auszustellenden ärztlichen Zeugnisse über etwaige Befreiungen und einer Anzeige über etwa ergangene richterliche Entscheidungen wegen Nichtstellungen von Impfungen einzusenden.

Die Herren Bürgermeister erlaube ich, die Ihnen nach den Vorschriften unter IV der eingangs erwähnten Bestimmungen über die Sicherung der Ausführung des Impfgeschäftes zufallenden Obliegenheiten rechtzeitig und sorgfältig wahrzunehmen, besonders für Bereitstellung geeigneter reiner Impfstoffe Sorge zu tragen und den Eltern der Impfpflichtigen rechtzeitig gedruckte Vorladungen, (die auf der Rückseite mit den vorgeschriebenen Verhaltensmaßregeln versehen sind) zugehen zu lassen.

Schließlich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausfüllung der Impflisten während des Impfgeschäftes und die Ausfertigung der Impfscheine nicht Sache des Impfarztes, sondern des Bürgermeisters ist und deshalb von diesem oder von ihm bestellten Personen wahrzunehmen ist. (Die durch Beschaffung von Schreibhilfe entstehenden Kosten fallen der Gemeindefasse zur Last.) Weiter wird daran erinnert, daß der Bürgermeister oder dessen Stellvertreter und, wenn Wiederimpfungen zur Vorstellung gelangen, auch ein Lehrer, der rechtzeitig von dem Impftermin in Kenntnis zu setzen ist, in den Impf- und Nachschauterminen anwesend sein müssen. Für Waschgelegenheit — zwei Waschkübeln nebst Seife und Handtuch — muß gesorgt sein. Zur ordnungsmäßigen Ausführung des Impfgeschäftes ist die genaueste Befolgung der gegebenen Bestimmungen unerlässlich.

Die Festsetzung des Impftermines wird demnächst im Kreisblatt bekannt gegeben werden.

Bis zum 1. April d. Js. sind mir die ordnungsmäßig aufgestellten Impflisten zur Prüfung vorzulegen.

**Der Landrat.
Duberstadt.**

I. 896.

Diez, den 5. Februar 1917.

Verzeichnis

der in der Zeit vom 1. bis 31. Januar 1917 ausgestellten Jagdscheine.

Jahresjagdscheine:

Strider, Louis, Mühlenbesitzer, Klingelbach.
Schwenk, Heinrich, Bauunternehmer, Mündelz.
Schmidt, Wilhelm Anton, Landwirt, Niederneifen.

Der Königl. Landrat.

J. B.

Rimmermann.

Wiesbaden, den 30. Januar 1917.

Bekanntmachung.

I. 692. Am 24. Januar d. Js. hier gestohlen:

1 Fahrrad, Marke „Triumph“, Nr. 241 603, blau gestrichen.

Am 23. Januar d. Js. hier gestohlen:

1 Fahrrad, Marke „Victoria“, Nr. 287 515, Rahmen grün, Lenkstange vernickelt, nach unten gezogen und ohne Handgriffe, Freilauf mit Rücktrittsbremse.

Um gefällige Nachforschung wird ersucht.

Der Polizei-Präsident.

J. B.

Beg.

Betr. Anbau von Hülsenfrüchten.

Die Reichshülsenfruchtstelle Berlin schließt durch Vermittlung ihrer Oberkommissionäre Anbauverträge zwecks Vermehrung des Hülsenfrüchtenanbaues ab, wonach den Anbauern für den Hektar der Vertragsfläche 4 Doppelzentner Thomasphosphatmehl zugesagt werden. Die Lieferung des Thomasphosphatmehls erfolgt zu den festgesetzten gesetzlichen Bedingungen, während die Hülsenfrüchte alsbald nach der Ernte, spätestens bis zum 1. Februar 1918, der Reichshülsenfruchtstelle Berlin zu den gesetzlich festgelegten Preisen abgeliefert werden müssen. Diejenigen Landwirte, welche sich mit den näheren Bedingungen des Vertrags bekannt machen wollen, werden erjucht, sich an den Oberkommissionär der Reichshülsenfruchtstelle Berlin, die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, Filiale Frankfurt a. M., zu wenden und mit von dem erfolgten Vertragsabschluss Kenntnis zu geben.

Diez, den 5. Februar 1917.

**Der Vorsitzende des Kreislandwirtschaftl.
Rat.**

M. 548.

Diez, den 31. Januar 1917.

Bekanntmachung

Der Militärpflichtige Hugo Keß, geboren am 30. Dezember 1895 zu Jollhaus, Gemeinde Mubershausen, der bis unermittelt geblieben ist, wird hiermit aufgefordert, sich spätestens bis zum 1. Juli 1917 bei dem Zivilvorstand der Ersatzkommission in Diez zu melden oder den Nachweis zu erbringen, daß er seiner Militärpflicht genügt hat oder die preussische Staatsangehörigkeit nicht mehr besitzt.

Sollte der Militärpflichtige dieser Aufforderung innerhalb der gestellten Frist nicht nachkommen, so wird die gerichtliche Untersuchung wegen Verletzung der Wehrpflicht eingeleitet werden.

**Der Zivil-Vorsitzende der Ersatz-Kommission
des Unterlahnkreises.
Duderstadt.**

Mbt. III b Nr. 10 671/2964.

Betr. Schundliteratur.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für den mir unterstellten Corpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Befehlsbereich der Festung Mainz:

I. Druckschriften, die von dem Polizeipräsidenten in Berlin in den amtlichen Listen (veröffentlicht in dem Preussischen Zentral-Polizei-Blatt) als „Schundliteratur“ bezeichnet sind oder künftig bezeichnet werden, und die deshalb gemäß § 56 Ziffer 12 der Gewerbeordnung vom Feilbieten und Auffuchen von Bestellungen im Umherziehen ausgeschlossen sind, dürfen auch im stehenden Gewerbe nicht feilgehalten, angekündigt, ausgestellt, ausgelegt oder sonst verbreitet werden.

II. Druckschriften, die auf der Liste der „Schundliteratur“ (I) stehen, dürfen auch nicht unter verändertem Titel feilgehalten, angekündigt, ausgestellt, ausgelegt oder sonst verbreitet werden. Dies gilt sowohl für den Hausierbetrieb als auch für das stehende Gewerbe.

III. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestraft.

IV. Diese Verordnung tritt am 15. Juni 1916 in Kraft.
Frankfurt a. M., den 1. 6. 1916.

**18. Armee-Korps.
Stellvertretendes Generalkommando.
Der Kommandierende General**

I. 008.

Diez, den 2. Februar 1917.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager in Frankfurt a. M. hat mitgeteilt, daß sich unter den in der Verteilungsstelle Meschede befindlichen freien belgischen Arbeitern eine Reihe von Landwirten befinden, die sich zur Arbeitsleistung in der Landwirtschaft gut eignen dürften. Das Kriegsamt Berlin hat verfügt, daß diese Leute möglichst der Landwirtschaft zugeführt werden sollen. Einzelnen werden die Belgier nicht abgegeben, es kommen daher nur größere landwirtschaftliche Betriebe pp. in Frage.

Als Lohn soll den belgischen Arbeitern daselbst bezahlt werden, was freie deutsche Knechte und Arbeiter zur Zeit erhalten, wobei es dem Arbeitgeber gestattet ist, den Belgier für Verpflegung und Unterkunft, Krankenkassen und Invalidenversicherung, sowie Arbeitskleider den Selbstkostenbetrag in Abzug zu bringen.

Es wird ersucht, die größeren landwirtschaftlichen Betriebe, Gemüse- und Obstbaumschulen und sonstige in Betracht kommenden Stellen Ihrer Gemeinde auf die Möglichkeit der Beschaffung dieser Arbeitskräfte hinzuweisen und sie zwecks Erledigung aller weiteren Fragen an das Vermittlungsamt für Belgier Frankfurt a. M., Kettenhofweg 22, zu verweisen.

Es empfiehlt sich, die Arbeitgeber darauf hinzuweisen, sich möglichst bald wegen Bestellung der Belgier an das Vermittlungsamt zu wenden, damit die nötigen Vorarbeiten alsbald in Angriff genommen und die Belgier so zeitig in Marsch gesetzt werden können, daß sie mit Beginn der Frühjahrsbearbeitung auf den Arbeitsstellen eingetroffen sind.

**Der Landrat.
Duderstadt.**

Anzeigen.

Holzversteigerung. Oberförsterei Diez.

Mittwoch, den 14. Februar, vorm. 11 Uhr in der Wirtschaft von Wilhelm Schwank zu Gückingen. Distr. 33 a Heumes (an der Straße Null-Hambach). Eiche: 10 Rm. Nusscheit, 2,4 Mtr. lang, 9 Rm. St. Buche: 186 Rm. St. u. Kn., 430 Rm. Reisig 2. u. 3. Kl., 20 Rm. un- aufgearbeitet. Nadelholz: 150 Stangen 4.—6. Kl.

Holzversteigerung.

**Am Samstag, den 10. d. Mts.,
vormittags 10 Uhr**

anfangend, sollen im Gemeindefeld Eppenrod in verschiedenen Distrikten:

4 Rm. Eichen-Scheit,
741 Rm. Buchen-Scheit und -Anklappe und
6365 Stück Buchen-Wellen

öffentlich versteigert werden.

Die Versteigerung beginnt im Distrikt 13 b Wellen-berg.

Eppenrod, den 7. Februar 1917.

1669

**Der Bürgermeister.
Hof.**

Verantwortlich für die Schriftleitung Richard Hein, Bad Nauh.